

70.000 sind nach Bonn gekommen und demonstrieren gegen die geplante Verabschiedung der Notstandsgesetze (NS-Gesetze). Einige Tage zuvor, am 1. Mai 1968, hatten die Werktätigen auf den gewerkschaftlichen Kundgebungen ihre Ablehnung der NS-Gesetze bekräftigt und von ihren Gewerkschaftsführern die Eineitung von Kampfmaßnahmen gefordert, um die Verabschiedung dieser Diktaturgesetze zu verhindern. In den folgenden Wochen gehen Arbeiter, Schüler, Studenten und fortschrittliche Menschen aus allen Teilen des Volkes gegen die NS-Gesetze auf die Straße, legen im Betrieb die Arbeit nieder, verwandeln die Hörsäle in Tribunale gegen die Notstandsplaner und bilden auch in den kleinsten Orten Komitees zum Kampf gegen die NS-Gesetze.

Nicht umsonst werden diese Gesetze, die die CDU/CSU schon seit 1960 verabschieden will, gerade 1968 hastig durchgepaukt. „Notstandsgesetze sind nicht für den Zeitpunkt geschaffen, wenn die Sonne der Konjunktur scheint, sondern wenn es in der Wirtschaft hagelt“, hatte seinerzeit schon der CDU-Innenminister Lücke klargestellt. Noch waren es in den letzten Jahren hauptsächlich die Studenten, gegen die der Staat seine Polizei ins Feld schickte und gegen die die Sprachrohre der Kapitalisten eine Hetze entfachten, die sich am Gründonnerstag 1968 im Mordanschlag auf Rudi Dutschke entlädt. Aber die Krise 1966/67 kündigt das Ende einer Periode an, von der vorher behauptet worden war, daß sie Jahrzehnte dauern würde, die kurze Periode des angeblichen Wirtschaftswunders. Die Monopolkapitalisten und ihr Staat haben es nun eilig, sich für die kommenden unvermeidlichen Klassenkämpfe zu rüsten. Die SPD-Führer sorgen als neue Regierungsteilhaber dafür, daß die Gewerkschaften bei der Verabschiedung der NS-Gesetze stillhalten, und sollen auch künftig mit ihrem Einfluß auf die Werktätigen helfen, die verschärften Angriffe der Monopolkapitalisten durchzusetzen. Aber gerade die NS-Gesetze und

die schändliche Rolle der SPD-Führer dabei machen vielen Werktätigen klar, daß sie es nicht bei dem Kampf im Mai 1968 bewenden lassen können.

29. Mai. Die Notstandsgesetze werden mit den Stimmen der meisten SPD-Abgeordneten verabschiedet. Am Tag zuvor fand in München wie in vielen anderen Städten nochmal eine große Demonstration statt. Nun zieht Ratlosigkeit in die Reihen der Bewegung ein, die so breit wie lange zuvor keine mehr gewesen war. Auf einer Veranstaltung, die unter dem Motto „Was tun?“ steht, ruft der Münchner Sprecher des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ zur Bildung von „Basis-Gruppen“ auf, ohne sagen zu können, was die nun eigentlich tun sollen, ohne selber daran zu glauben, daß diese Gruppen die nächste Zeit überdauern. Aber was das notdürftig verhüllte Ende einer demokratischen Bewegung sein sollte, wurde wenige Tage später ein Anfang, der die fortgeschrittensten Arbeiter zusammenführt und in seiner Bedeutung von vornherein über München hinausreichte. Am 5. Juni folgen diejenigen, die die Gründung der Basis-Gruppen nicht als Rückzugsgefecht verstanden wissen wollen, dem Aufruf einiger revolutionärer Studenten und einigen sich darauf, mit den Basis-Gruppen eine Organisation zum Kampf gegen den Kapitalismus zu schaffen. Das war die Geburtsstunde der Arbeiter-Basis-Gruppen.